

**BERICHTSVORLAGE DER VERWALTUNG NR.: 017/2008**

Bezeichnung des Tagesordnungspunkts		
<b>Leistungsorientierte Bezahlung für Beamte</b>		
Datum <b>28.01.08</b>	Geschäftszeichen <b>1.2 Ka</b>	Beigef. Anlagen im einzelnen (mit Seitenzahl) <b>1 Antrag des Personalrates</b>
Federführender Fachbereich: <b>Fachbereich 1.2 Personal/Ratsmanagement</b>		Beteiligte Fachbereiche: <b>G II</b>
Beratungsgremien	Beratungstermine	Zuständigkeit
Rat der Stadt Schwelm	14.02.2008	zur Kenntnisnahme

**Beschlussvorschlag:**

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag des Personalrates soll im Rahmen der Haushaltsberatungen aufgegriffen werden.

**Sachverhalt:**

Im Rahmen der Umsetzung des § 18 TVöD wurde bei der Stadt Schwelm eine Dienstvereinbarung abgeschlossen, die dem Tarifvertrag entsprechende Regelungen zur Ausgestaltung der leistungsorientierten Bezahlung der tariflich Beschäftigten enthält. Bei diesen auszahlenden Entgelten handelt es sich insgesamt um einen tariflichen Anspruch der Beschäftigten.

In dieser Dienstvereinbarung ist eine Öffnungsklausel enthalten, nach der die Beamten, die keinen gesetzlichen Anspruch auf derartige Entgelte haben, in das System der leistungsorientierten Bezahlung einbezogen werden sollen, soweit der Rat der Stadt hierfür die erforderlichen Mittel bereitstellt.

Da die Einbeziehung der Beamten in eine leistungsorientierte Bezahlung sowohl aus grundsätzlichen Erwägungen wie auch zur Wahrung des Betriebesfriedens ein Schritt in die richtige Richtung wäre, ist die Öffnungsklausel in die Dienstvereinbarung aufgenommen worden.

Mit Datum vom 13.12.2007 beantragt der Personalrat nun, die hierfür erforderlichen Mittel im Haushalt einzuplanen und den entsprechenden Ratsbeschluss herbeizuführen. (Anlage 1)

Bei einer analogen Anwendung der tariflichen Vorschriften würde im Jahr 2008 voraussichtlich ein Betrag von mindestens **31.500 €** erforderlich werden, der als freiwillige Ausgabe zu qualifizieren ist.

Im Hinblick darauf, dass die Daten der Eröffnungsbilanz noch nicht feststehen, kann die Finanzlage der Stadt nicht abschließend beurteilt werden, so dass eine

Beschlussempfehlung seitens der Verwaltung derzeit nicht abgegeben werden kann. Darüber hinaus stellt die anstehende Tarifrunde 2008 mit den Forderungen der Gewerkschaften nach einer Erhöhung der Gehälter um 8 % einen weiteren Unsicherheitsfaktor dar, zumal hier relativ sicher mit einer Erhöhung der leistungsorientierten Bezügebestandteile zu rechnen ist.

Es wird daher vorgeschlagen, die Beratung über den Antrag des Personalrates zunächst zurückzustellen und eine Entscheidung ggf. im Rahmen der Haushaltsberatungen herbeizuführen.



Der Bürgermeister  
gezeichnet  
Dr. Steinrücke